

TOP 3

Gremium	Termin	Status
Werkausschuss Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen	29.06.2015	öffentlich

Vorlage der Verwaltung**Erschließung Mannheimer Straße
- Maßnahmegenehmigung -**

Vorlage Nr.: 20151289

Antrag

Der Werkausschuss Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen möge wie folgt beschließen:

Die Maßnahme Erschließung „Mannheimer Straße“ in Höhe von

800.000 Euro
inkl. 19% MwSt.

wird genehmigt.

I. Begründung der Maßnahme

Zwischen dem Heinrich-Pesch-Haus und dem Haus Nr. 39 sind die Flächen südlich der Mannheimer Straße derzeit abwassertechnisch nicht erschlossen. Südlich der Mannheimer Straße gibt es mit dem Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans 586 Überlegungen zur Erschließung. Für die abwassertechnische Erschließung ist die Verlegung von den Schmutzwasserkanälen notwendig. Das Regenwasser kann vor Ort zur Versickerung gebracht werden. Daher sollen dort Schmutzwasserkanäle mit DN 300 auf einer Gesamtlänge von ca. 530 m neuverlegt werden.

II. Beschreibung der Maßnahme

Das Schmutzwasser wird in Kanälen DN 300 (Material Steinzeug) gesammelt und ins vorhandene Kanalnetz eingeleitet. Die geplante Kanaltiefe liegt zwischen 2,1 und 3,9 m. Der Bauabschnitt beginnt bei der Mannheimer Straße Nr. 39 und endet bei der Mannheimer Straße Nr.23. Die abwassertechnische Erschließung soll realisiert werden, sobald sich ein konkretes Erschließungsvorhaben abzeichnet.

III. Kosten der Maßnahme

Folgende Kosten der Kanalbaumaßnahme ergeben sich aus der Kostenberechnung:

Reine Baukosten für Hauptkanal und Anschlüsse	480.000 EUR
Ingenieurleistungen und Projektsteuerung	114.000 EUR
Bodenuntersuchungen und Beweissicherung	19.000 EUR
Auffüllmaterial	53.000 EUR
Deponiekosten und Sonstiges	134.000 EUR
Summe	800.000 EUR

Nach Kanalarten aufgeschlüsselt betragen die Gesamtkosten voraussichtlich:

Gesamtkosten Hauptkanal	675.000 EUR
Gesamtkosten Hausanschlüsse	125.000 EUR

IV. Mittelbedarf

2015	40.000 EUR
Folgejahre	760.000 EUR

V. Verfügbare Mittel

Die Mittel stehen im Wirtschaftsplan 2015 unter der SAP-Nummer 50.000.521 zur Verfügung bzw. werden in den kommenden Jahren im Wirtschaftsplan eingestellt.